

Solidarität statt Schweigen

Rede von Damaris von Arx zur Mahnwache in Untersiggenthal am 27.07.2026

Wir stehen heute hier wegen eines Falles, der uns wieder einmal vor Augen führt, wie tief Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft verankert ist und wie sehr die Institutionen, welche uns eigentlich schützen sollten, immer wieder versagen.

Wir sind nicht hier um SVP Bashing zu betreiben oder dem Täter eine Bühne zu geben.

Wir sind hier um unsere Solidarität auszudrücken, denn unabhängig davon, wie das Gericht am Ende urteilt: Was diese Frauen und dieses Mädchen erlebt haben, ist real. Ihr Schmerz ist real. Ihr Mut, an die Öffentlichkeit zu gehen, ist real. DIE SCHAM MUSS DIE SEITE WECHSELN!

Und genau dafür sind wir heute hier: um ihnen zu sagen, dass sie nicht alleine sind.

Wir stehen an der Seite von Iwona und Paula und der dritten genannten Frau. Wir stehen an der Seite jeder Frau, die Gewalt erlebt hat und der man nicht geglaubt hat, die man weggeschickt hat, die man allein gelassen hat.

Solidarität heisst nicht nur, Mitgefühl zu äussern.

Solidarität heisst, hinzuschauen, wenn andere wegschauen.

Solidarität heisst, laut zu werden, wenn Betroffene selbst keine Kraft mehr haben, laut zu sein.

Was diesen Fall so besonders bitter macht, sind nicht nur die Taten selbst.

Es ist das, was danach passiert ist.

Statt Schutz und Unterstützung erhielten die Betroffenen von den Behörden eine Wegweisungsverfügung.

Statt Solidarität: Formulare.

Statt Anerkennung ihres Leids: den Vorwurf, ihre Eingaben seien querulatorisch.

Eine Frau, die kein Deutsch spricht, musste sich durch ein Sozialamt kämpfen, das nicht einmal übersetzen konnte, was ihrer Tochter angetan worden war. Das ist kein Einzelfall eines überforderten Amtes. Das ist ein System, welches Frauen, insbesondere migrantische oder ökonomisch abhängige Frauen, strukturell im Stich lässt.

Gewaltschutz darf nicht da enden wo das Migrationsrecht beginnt.

Genau hier zeigt sich das Grundproblem: Unsere Rechtsprechung und unsere Verwaltung sind noch immer nicht darauf ausgelegt, Betroffene sexualisierter Gewalt zu schützen. Sie sind darauf ausgelegt, Verfahren zu verwalten. Wenn eine Frau, die überlebt hat, am Ende auch noch um ihren Aufenthaltsstatus bangen muss, während der mutmassliche Täter anwaltlich bestens vertreten ist und sein Netzwerk ihn stützt, dann stimmt etwas grundsätzlich nicht mit unserem System.

Und dieser Fall steht nicht für sich allein.

Alle 10 Tage stirbt eine von uns und wir nennen es beim Namen: FEMIZID!

Jede dritte Finta-Person ist von sexualisierter Gewalt oder Übergriffen selbst betroffen.

Diese Zahlen sind keine Statistik. Das sind Namen. Das sind Frauen, die ihre Warnzeichen gemeldet haben und denen nicht geglaubt wurde. Das sind Frauen, die sich getrennt haben, weil sie sich retten wollten, und die genau dadurch in die gefährlichste Phase ihres Lebens geraten sind.

Das ist ein Land, welches die Istanbul-Konvention unterzeichnet hat und dessen eigene zivilgesellschaftlichen Netzwerke ihm dennoch ein ungenügendes Zeugnis ausstellen, wenn es um deren Umsetzung geht.

Wir fordern deshalb nicht Mitleid. Wir fordern Konsequenzen:

Wir fordern, dass Betroffene sexualisierter Gewalt in diesem Land in erster Linie als Betroffene behandelt werden und nicht als Verwaltungsfälle, nicht als Ausländerinnen, deren Aufenthaltsrecht wichtiger genommen wird als ihr Schutz.

Wir fordern, dass Gemeinden und Kantone endlich Verantwortung übernehmen, wenn ihre eigenen Verfahren Betroffene retraumatisieren.

Wir fordern eine konsequente, national einheitliche Umsetzung des Opferschutzes, nicht 26 verschiedene kantonale Lösungen, wenn es um Leben und Tod geht.

Es ist kein Einzelfall und kein Ausrutscher. Es ist ein Symptom eines Systems, das Männern in Machtpositionen viel zu oft Vertrauen schenkt, dass sie nicht verdienen und Frauen, die sich wehren, viel zu oft misstraut.

Wir werden nicht schweigen. Wir werden nicht wegschauen. Wir stehen an der Seite jeder Frau, die überlebt hat, und im Gedenken an jede, die es nicht getan hat.

Wir stehen heute hier an der Seite von Iwona, Paula und der anonymen dritten Frau.

Solidarität ist keine Geste. Solidarität ist eine Haltung und wir werden sie nicht aufgeben, bis Frauen in diesem Land tatsächlich sicher sind.